



Sehr geehrter Herr Ruhe Madsen,

Sehr geehrter Herr Dr. Schweitzer,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Gäste

Vielen Dank für die Einladung, hier bei Ihnen auf der Sommerrezeption der Industrie und Handelskammer Rostock ein paar einleitende Worte sagen zu dürfen.

Lassen Sie mich zunächst mit einer kleinen persönlichen Anekdote beginnen: Ich habe in den letzten Wochen einige schöne norddeutsche Städte wie Kiel, Flensburg oder Schleswig besucht. Eine Hansestadt war mit Lübeck auch dabei. Und obwohl meine Heimat der nördlichste Zipfel Dänemarks ist, *Skagen*, so habe ich Jugenderinnerung, die mit ihrer schönen Hansestadt Stralsund zusammenhängen. Ich komme nämlich aus einer Fischerfamilie und damals wurden nach *Skagen* ganz wunderbare Fischkutter aus Stahl der Roßblauer Schiffswerft geliefert. Ich selbst träumte lange davon, selbst einen solchen Kutter zu besitzen und raus auf das Meer mit ihm zu fahren.

Mein persönlicher Werdegang führte mich nun aber sehr weit weg von den Fischgründen meiner Heimat und einen Fischkutter besaß ich nie. Ich wollte aber darauf hinweisen, dass es zwischen unseren Ländern eine lange und intensive Freundschaft gibt. Die aktuelle dänische Regierung hat dies als Ausgangspunkt genutzt, um eine Deutschlandstrategie zu verabschieden, die unsere Zusammenarbeit gezielt vertiefen soll. Was bilateral in den 50er Jahren mit den Kopenhagen-Bonn-Verträgen begann, sich über das vorbildhafte Verhältnis von Minderheiten und Mehrheitsgesellschaften im Grenzland entwickelte, soll nun in der noch intensiveren Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland münden.

Auch das größte bilaterale Infrastrukturprojekt zwischen unseren Ländern soll hierzu beitragen. Die Fehmarnbelt-Querung ist von dänischer Seite gewünscht, da wir davon überzeugt sind, dass sie nicht nur das ökonomische Wachstum zwischen Deutschland und Dänemark sowie Schweden anregen wird. Wir gehen ebenso davon aus, dass in der Bauphase eine Menge neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem wird sich neben Waren und Gütern auch der kulturelle Austausch zwischen den Ländern verstärken.

Ein weiterer Ausdruck dieses klaren dänischen Interesses und Bekenntnisses ist, dass der dänische Staatsminister Lars Løkke Rasmussen sowie seine Minister der Resorts Außenpolitik und Energie als erstes Partnerland nach der Regierungsbildung Deutschland besuchten. Unsere Zusammenarbeit mit Schleswig Holstein, Nordrhein Westfalen, Hamburg und ebenso Mecklenburg Vorpommern ist bereits sehr gut. In Schleswig Holstein sitzt die Partei der dänischen Minderheit, der SSW, sogar im Landesparlament und bis vor kurzem hatte Flensburg noch einen Bürgermeister aus der gleichen Partei. Wir wollen aber mit der Strategie auf ganz Deutschland setzen. Wir wollen mehr mit Deutschland kommunizieren und unsere Zusammenarbeit weiter ausbauen – innerhalb der Politik ebenso wie in der Wirtschaft.



Wie wichtig diese Zusammenarbeit ist, kann man leicht an Zahlen ablesen: In den letzten 100 Jahren haben wir aus Dänemark an kein Land mehr exportiert als Deutschland – insgesamt 18 Prozent. Zum Vergleich: Gemeinsam mit dem Vereinigten Britischen Königreich sind wir 1972 in die EU gegangen. Damals betrug der Exportanteil nach Großbritannien noch 12,5 Prozent. Mittlerweile ist dieser auf 6,5 Prozent gefallen.

Dies ist nur ein Indikator dafür, wie wichtig Deutschland für uns heute ist. Und es geht hierbei natürlich nicht nur um nackte Zahlen. Es geht auch um ein Verständnis der deutschen Kultur, der deutschen Sprache. Denn wir sind als kleines Land abhängig von der deutschen Wirtschaft und auch abhängig davon, dass es Deutschland gut geht.

An dieser Stelle weise ich gern darauf hin, dass wir uns in Dänemark sehr glücklich über unsere Nachbarn schätzen können: Schweden sowie Norwegen im Norden und Deutschland im Süden. In der Vergangenheit haben wir zwar mit ihnen einige Konflikte ausgetragen. Aber in den letzten 70 Jahren war diese gesamte Region vor allem ein Ort des Friedens und der Stabilität. Deutschland hat in diesem Zusammenhang eine große Rolle gespielt und hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auffällig positiv in den Bereichen Wirtschaft und Politik entwickelt.

Somit wird die Geschichte vom Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland seit 1945 auch zu einer Geschichte Europas. Diese Geschichte Europas steht in den letzten Wochen seit der Volksentscheidung der Briten auf dem Prüfstand. Es ist noch nicht klar, was sich aus dem Resultat des Volksentscheides erwächst. Beziehungsweise ist nicht klar, wohin die Briten jetzt gehen werden. Sobald es eine neue Regierung in London gibt, wird darüber hoffentlich bald Klarheit herrschen.

Die verbliebenen Mitgliedsländer, die EU 27, muss sich aber ebenso klar machen, wohin der Weg für sie gehen soll. Kein Land in der EU hatte insgesamt so viele Volksabstimmungen wie Dänemark. Meiner Meinung nach besitzen wir damit das am demokratischsten verankerte Verhältnis zu Europa. Keine andere europäische Demokratie kann von sich behaupten, dass ihr Verhältnis zur EU auf solch demokratischen Pfeilern steht.

Deswegen ist – wie der dänische Staatspräsident in seinem Statement als Reaktion auf den britischen Volksentscheid hinweist – eine neuerliche Volksabstimmung über die EU in Dänemark auch nicht nötig. Wenn man sich die Zahlen von Umfragen der EU-Kommission anschaut, beispielweise welche Bürger aus EU-Ländern sich eigentlich wie EU-Bürger fühlen, dann liegt Dänemark an der Spitze. Das ist überraschend. Noch überraschender ist, dass Deutschland in solchen Rankings meist sehr weit unten angesiedelt ist. Nach einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2014, in der es um Wachstumseffekte und europäischer Integration geht, liegt Dänemark zwar auf dem ersten Platz und Deutschland auf dem Zweiten. Aber Großbritannien auf dem letzten Platz.

Wenn ich mich jetzt wie ein sehr stolzer Botschafter anhöre, der die Erfolge seines Heimatlandes gern verkündet, dann ist das nicht falsch. Aber es ist auch zu Recht – und natürlich in aller gebotenen Bescheidenheit. Diese Zahlen zeigen aber für mich, dass wir in Dänemark die weitreichenden Vorteile der EU für uns als kleines Land verstanden haben – und dabei die Verpflichtungen ebenso respektieren. Denn es ist ja heute so: Wenn ein dänisches Unternehmen an ein deutsches Unternehmen etwas exportiert, erhält es ja nicht allein Zugang



zum deutschen Markt. Es erhält auch einen Zugang zum großen EU-Binnenmarkt und meist auch besseren Zugang zum globalen Markt. Es geht hierbei um „*global supply chains*“, denn mit diesen Wegen rein in die globale Wirtschaft ist Deutschland extrem gut aufgestellt. Und deswegen ist Deutschland für dänische Unternehmen auch eben so reizvoll wie wichtig.

Weil Dänemark seit über 40 Jahren in der EU ist, sind wir meiner Meinung nach auch sehr europäisiert worden. Wir verstehen den Wert der EU und eine Mehrheit der Dänen kann sich nicht vorstellen, sich außerhalb der EU zu positionieren. Man muss aber auch ganz klar festhalten, dass die EU als Elitenprojekt begonnen hat – und dies gilt in Teilen sicherlich noch bis heute. Hier gibt es viel Kritik und die Wahrnehmung sowie das Selbstverständnis müssen sich ändern. Es ist aber ebenso richtig, dass die EU sich seit ihrer Gründung einer Vielzahl von Krisen und Herausforderungen stellen musste. Nach meiner Erfahrung hat die EU es immer geschafft, selbst für die schwersten Krisen elegante und effektive Lösungen zu finden.

So ist die EU von heute wesentlich stärker, als es die EU damals 1972 war, als wir Dänen beitraten. Damals gab es in Dänemark starke Bedenken wegen einem möglichen Verlust der nationalen Selbstständigkeit sowie der kulturellen Besonderheiten. Meiner Meinung nach kann man heute fast das Gegenteil beobachten: Auf Grund der vielen Mitgliedsländer ist die EU zu einem demokratischeren Projekt geworden, als viele damals gedacht haben. In diesem Projekt ist es natürlich ebenso klar, dass Deutschland und Frankreich ein wichtiger Motor sind. Frankreich hat diese Rolle leider ein wenig verloren, da sie sich vor allem auf ihre eigenen nationalen Probleme wie die politisch-wirtschaftlichen strukturellen Herausforderungen konzentrieren. Deutschland hat nun eher allein die Führungsrolle übernommen und gemeinsame europäische Probleme wie Ukraine-Konflikt, die EURO-Krise oder die Flüchtlingsfrage anzugehen.

Wenn man als deutsche Kanzlerin in Europa führen soll, dann ist es klar, dass man sich in einem Feld zwischen nationalen und europäischen Interessen bewegt. Hierbei sind Kompromisse unumgänglich. Es sieht danach aus, dass das Abwägen nationaler und internationaler Belange in mancher Krise wie beispielsweise beim EURO oder zur Ukraine gut funktioniert hat. In der Flüchtlingskrise war das lange nicht unbedingt der Fall. Hier ging die Kanzlerin sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch anders vor. Heute ist die Flüchtlingskrise zwar gut im Griff und Deutschland gebührt eine Menge Respekt zur Lösung intensiv beigetragen zu haben.

Es ist aber ebenso klar, dass wir aus dieser Situation auch Lehren ziehen müssen. Ein schnellerer und engerer Austausch wäre wünschenswert gewesen, denn wir müssen die Kompromisse unserer gemeinsamen Politik dort finden, wo die Mehrheiten sind. Das bedeutet nicht, dass große Länder wie Deutschland nicht ihre eigenen, nationalen Interessen vertreten sollen. Es muss aber ebenso akzeptabel sein, dass sich andere Mehrheiten finden, die auf Lösungen setzen, die vielleicht zunächst nicht so progressiv erscheinen wie die Deutschen.

Ich möchte an dieser Stelle den tschechischen Außenminister Lubomír Zaoralek zitieren, der in einer Rede im Rahmen der Reihe „Forum Constitutionis Europas“ am 15. Juni an der Humboldt Universität folgendes sagte: „Führung praktizieren durch das Errichten von Konsens. Das ist es, wofür die deutsche Diplomatie immer bewundert wurde. Ihre Fähigkeit, Unterschiede zu schlichten, Koalitionen zu nutzen und in dauerhafte Partnerschaften zu investieren.“ Das ist auch das zukünftige Rezept der deutschen Außenpolitik für Europa: Führen durch Konsens.



Starke Partner und breite Mehrheiten sind für den Fortschritt der EU immer am besten für alle Mitglieder. Natürlich gibt es ein Paradox, auf das man hierbei ganz deutlich gestoßen wird: Nämlich das der deutschen Stärke und der europäischen Schwäche, welches derzeit und weiterhin in der EU vorherrscht. Aus der Sicht des kleinen Mitgliedlandes Dänemark möchte ich aber festhalten, dass die großen Länder führen sollen, dies aber mit Rücksicht auf die Kleinen machen müssen. Dabei muss den gemeinsamen Institutionen und Regeln, die wir in so vielen Jahren zusammen aufgebaut haben, der nötige Respekt entgegengebracht werden. Dass dies eine komplizierte Konstruktion ist, wird jedem klar sein. Aber diese komplexe europäische Architektur hat in den letzten 40 Jahren unsere nationale Sicherheit und auch die Zukunft des ökonomischen Wohlstands gewährleistet.

Die dänische Königin, Ihre Majestät Margrethe II., hatte vor mehr als 15 Jahren zur Eröffnung unseres schönen Botschaftskomplexes in Berlin, den sich ja bekanntlich Dänen, Schweden, Norweger, Finnen und Isländer teilen, folgendes gesagt: „Wir sind gemeinsam und trotzdem jeder für sich“. Ich denke, dass dies ein sehr treffendes Motto auch für Europa und das Verhältnis der einzelnen Mitglieder zur EU ist – wir brauchen starke Einzelmitglieder, die ihre Stärke aber für die Gemeinschaft einsetzen.

Denn meiner Meinung nach hat sich seit dem Mauerfall 1989 Europa sehr positiv entwickelt. Aus dänischer Sicht ist die wirtschaftliche und politische Integration des vereinten Deutschlands besser gelungen, als viele erwartet, ja vielleicht sogar befürchtet hatten. Und trotz all der neuen Freiheiten, trotz Wohlstand und Stabilität und trotz Friedens im einst so kriegerischen Europa – trotz all diesen unbestritten positiven Aspekten ist der Pessimismus gegenüber der EU größer als jemals zuvor. Und dies ist nicht nur in den neuen Mitgliedsländern im Osten der Fall, sondern gilt ebenso für Westeuropa.

Der tschechische Außenminister wies in seiner Rede an der Humboldt-Universität auch darauf hin, dass man in den postkommunistischen Gesellschaften nach 1989 davon ausging, dass sich die Länder Osteuropas linear und quasi unabdingbar in Richtung westlicher Marktwirtschaft und Demokratie entwickeln würden.

Auf Grund meiner Position als dänischer Botschaft in Washington und Beijing hatte ich die Möglichkeit, über viele Jahre die Entwicklungen der EU von außen zu betrachten. Für mich wurde deutlich, dass dies nicht der Fall war. Es ist richtig, dass es einen enormen Wohlstandsfortschritt innerhalb der EU in den letzten zwei Jahrzehnten gab. Aber jedes einzelne Mitgliedsland trägt auch für sich selbst die Verantwortung, Reformen und eine entsprechende Politik umzusetzen. Die Politik der einzelnen Mitgliedstaaten muss selbst dafür sorgen, die Balance zwischen den neuen Herausforderungen und bestehenden Strukturen zu meistern. Viele nordeuropäische Länder – und hierzu zähle ich auch Deutschland – haben diese Herausforderungen angenommen und nationale Reformen umgesetzt. In Osteuropa war die Ausgangslage hierfür aus historischen Gründen schwierig. Aber trotzdem haben diese Länder eine enorme Fähigkeit gezeigt, sich Europa und dem Rest der Welt anzupassen. Südeuropa hatte einige *Governance*-Probleme im Verhältnis zur Regierungsführung, die eine große Herausforderung darstellen. Europa kann aber hierfür nicht die Verantwortung übernehmen. Jede Demokratie muss von sich aus selbst an diesen Herausforderungen und Modernisierungen arbeiten. Weil Europa nicht besser sein kann, als die Summe seiner einzelnen Mitglieder – ihrer eigenen Dynamik und ihrem Reformwillen.



Dies gilt meiner Meinung nach im Großen ebenso wie im Kleinen: Ob für Stralsund, Rostock, Mecklenburg Vorpommern, Deutschland, Dänemark oder Europa muss die Fähigkeit, der Wille, die Verantwortung gelten, den Mut aufzubringen, sich modern und dynamisch zu verhalten. Nur so können wir die Erfolgsgeschichten der Vergangenheit weiter für die Zukunft entwickeln und neu erzählen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.